

Christoph Deutschmann

Ein »hayekianisches« Europa?

Zu Wolfgang Streecks Buch »Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus«¹

Streecks Buch ist mit Recht gelobt worden. Es basiert auf profunder, in jahrzehntelanger Forschung erworbener politökonomischer Expertise, ist glänzend geschrieben und voller präziser Beobachtungen und Pointen. Der Autor entwickelt eine prägnante Interpretation der politisch-ökonomischen Entwicklung der westlichen Industrieländer seit den 1970er Jahren und eine Diagnose der gegenwärtigen Krise. Der Text ist auf der Basis der vom Autor im Jahr 2012 in Frankfurt gehaltenen Adorno-Vorlesungen entstanden. Auf diesen Kontext nimmt Streeck auch Bezug, indem er mit einer Kritik der im Umkreis der Frankfurter Schule in den späten 1960er und 1970er Jahren entstandenen Krisen- und Spätkapitalismustheorien (Pollock, Habermas, Offe) beginnt: Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sei zwar erkannt, aber unter dem Einfluss der damals vorherrschenden Umdeutung des Kapitalismus als eines Systems »technokratischer Wirtschaftsverwaltung« als eine rein politisch vermittelte fehlgedeutet worden. Die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie selbst und das »Kapital in Gestalt seiner Organisatoren, Organisatoren und Eigentümer« (41) habe man aus dem Blick verloren. Unter dem Druck der Anspruchsinflation der Arbeitnehmer in den 1970er Jahren habe dieser Akteur sich freilich in unmissverständlicher Weise wieder ins Spiel gebracht. Die viel beschworene »Legitimationskrise« des Kapitalismus sei zwar tatsächlich eingetreten, aber in völlig anderer Weise als vorausgesagt. In Frage gestellt wurde die Legitimität des Systems nicht von der Seite der Lohnabhängigen (bei denen das System im Gegenteil ungeahnte Zustimmung in Form boomender Konsumwelten und anwachsender Frauenerwerbstätigkeit fand), sondern von der Seite der »Profitabhängigen«. Letztere sahen ihre Gewinnerwartungen nicht mehr befriedigt und traten in einen »Investitionsstreik«, der das wirtschaftliche Wachstum spürbar bremste. Das brachte die Regierungen in einen unlösbaren Konflikt zwischen ihren sozialpolitischen Verpflichtungen ihren eigenen Bürgern gegenüber und den Forderungen des Kapitals nach Kostensenkung und Deregulierung. Aus diesem Konflikt suchten sie sich zu retten, indem sie »Zeit kauften«, d.h. die sozialpolitischen Ansprüche der Bürger durch Vorgriff auf erst später zu erwirtschaftende Ressourcen zu befriedigen versuchten. Das geschah zunächst in Form einer inflationären Geldpolitik, später – seit den 1980er Jahren – in Form einer wachsenden Staatsverschuldung, schließlich, ab den 1990er Jahren, in der eines »privatisier-

1 Eine deutliche gekürzte und anders akzentuierte Version ist bereits in der FAZ erschienen (Deutschmann 2013).

ten Keynesianismus« (Crouch), also einer durch die Politik geförderten Verschuldung der privaten Haushalte. Die Stunde der Wahrheit kam mit der Finanzkrise 2008, die die aufgetürmten Kreditpyramiden in sich zusammenstürzen ließ und die Staaten selbst schließlich in die Haftung zwang. Der Konflikt zwischen der politischen Demokratie und der Logik der Märkte spitzt sich damit nach Meinung Streecks zu:

»Heute scheinen die Mittel zur Beherrschung von Legitimationskrisen durch Erzeugung von Wachstumsillusionen ausgeschöpft; insbesondere der mit Hilfe einer entfesselten Finanzindustrie produzierte Geldzauber der letzten beiden Jahrzehnte ist wohl endgültig zu gefährlich geworden, als dass man es noch einmal wagen könnte, mit ihm Zeit zu kaufen.« (77f.)

Aber worin besteht der Konflikt zwischen der »Demokratie« und dem bislang nur in recht pauschaler Weise eingeführten Akteur »Kapital« eigentlich genau? Warum ließ »das Kapital« nicht von seinem »Investitionsstreik« ab, obwohl ihm unablässig rote Teppiche ausgerollt wurden? Weil die »Pferde nicht tranken«, sahen die Regierungen sich genötigt, Zeit zu kaufen – aber warum tranken die Pferde nicht? In seiner Darstellung des Konflikts zwischen der politischen Demokratie und dem »Kapital« verfolgt Streeck zwei Argumentationslinien. Zunächst umschreibt er den Konflikt mit den Begriffen »Soziale Gerechtigkeit« einerseits und »Marktgerechtigkeit« andererseits (91). Das ist wenig klärend, denn Streeck definiert »Soziale Gerechtigkeit« historisch unter Rekurs auf »kulturelle Normen« und gewachsene »kollektiv(e) Vorstellungen von Fairness, Billigkeit und Reziprozität« (92), während »Marktgerechtigkeit« rein formal im Sinne der Grenzproduktivitätstheorie Böhm-Bawerks gefaßt wird. Empirisch gehaltvoll ist diese Unterscheidung nicht: Woran erkennt man, ob irgendein realer Preis »sozial gerecht« oder nur »marktgerecht« ist? Der eigentliche Kern der ersten Argumentationslinie wird erst am Beginn des dritten Kapitels offengelegt, wo Streeck sich mit einem Aufsatz Friedrich von Hayeks aus dem Jahr 1939 auseinandersetzt. Er interpretiert die von Hayek entworfene Vision einer transnationalen liberalen Wirtschaftsordnung als ideelle Vorwegnahme der späteren Entwicklung der Europäischen Union und des aktuellen »Konsolidierungsstaates«. Hayek spricht nicht von einer strikten Unvereinbarkeit von Demokratie und freien Märkten, argumentiert aber, dass der Universalismus freier Märkte sich nur durch einen von nationalen Partikularismen möglichst unabhängigen institutionellen Rahmen sicherstellen lasse. Daraus leitet er die Konzeption eines supranationalen Staatenbundes mit nur minimalen wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffsrechten ab. Streeck läßt sich auf eine inhaltliche Kritik dieser Konzeption nicht ein, sondern akzeptiert sie als eine gültige Darstellung des aktuellen Konflikts um die Euro-Rettung. Aber während Hayek an seiner Parteinahme für den Universalismus freier Märkte keinen Zweifel läßt, macht Streeck sich nicht weniger energisch zum Fürsprecher des Partikularismus der nationalen Demokratien. Die in Europa durch die Brüsseler Kommission vorangetriebene Liberalisierung der Märkte folge, ebenso wie das Projekt der Währungsunion (Streeck bezeichnet den Euro als »frivoles Experiment«), einem »Hayekianischen« Drehbuch und gefährde die national verfassten politischen Demokratien in ihrer Substanz, wie insbesondere in der aktuellen Konsolidierungspolitik in den europäischen Krisenstaaten deut-

lich werde. Das schließliche Plädoyer Streecks für einen Rückbau der europäischen Institutionen und der Währungsunion kommt vor dem Hintergrund dieser ersten Argumentationslinie nicht so überraschend, wie es Habermas (2013) erscheint. Denn Streecks politische Empfehlungen machen nur manifest, dass der nationalstaatlich verfasste »demokratische« Kapitalismus von vorn herein die konzeptionelle wie normative Folie für seine Auseinandersetzung mit Hayek bildete.

Im zweiten Kapitel über den Übergang vom Steuer- zum »Schuldenstaat« wird freilich eine andere Argumentationslinie angedeutet, die Streeck jedoch nicht weiter verfolgt und zugunsten der ersten fallen lässt. Hier führt er aus, dass die staatliche Überschuldung entgegen der standardökonomischen »common pool«-Theorie in erster Linie nicht auf Demokratiever sagen, sondern auf den jahrzehntelangen, mit dem Ende des Systems von Bretton Woods einsetzenden Prozess globaler Finanzialisierung der Wirtschaft zurückzuführen sei. Nicht »das Kapital« ist in dieser Perspektive das Problem, sondern die *Finanzialisierung* des Kapitals, d.h. die Entfesselung einer unkontrollierten finanzkapitalistischen Dynamik auf von Regulierungen befreiten globalen Kapitalmärkten. Der »Organisationsvorsprung global integrierter Finanzmärkte gegenüber nationalstaatlich organisierten Gesellschaften« (126) zwang den Staaten einen Dauerwettbewerb um die Senkung von Steuern auf Kapital und hohe Einkommen (bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben) auf, ermöglichte Steuerhinterziehung der Vermögenden in unabschätzbarem Umfang, und am Ende sahen sich die Staaten auch noch zu zwei- bis dreistelligen Milliardenausgaben zur Rettung bankrotter Banken gezwungen. Die Finanzialisierungshypothese liefert nicht nur eine überzeugende Erklärung des Trends zu zunehmender öffentlicher Verschuldung, sondern auch eine plausible Antwort auf die andere, offen gebliebene Frage: Warum tranken die Pferde nicht? Sie tranken durchaus, aber die Investitionen flossen zunehmend nicht mehr in die aufgrund der postfordistischen Strukturbrüche und auch des »new-economy«-Debakels verunsicherte Realwirtschaft, sondern in den dank immer neuer »Innovationen« wesentlich profitabler erscheinenden Finanzsektor, der sich auf Kosten der Realwirtschaft immer stärker aufblähte. Selbst Automobilkonzerne wurden zu Banken mit angeschlossener Automobilproduktion. Es handelte sich hier nicht nur um einen Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie, sondern um einen Konflikt des Kapitalismus mit sich selbst, d.h. zwischen den sich hegemonial gerierenden Finanzinvestoren und dem nichtfinanziellen »Rest« der Wirtschaft. Nicht in erster Linie die Staaten, sondern die Banken und Investoren haben sich Zeit gekauft, um ihrer Verwertungskrise zu enttrinnen. Am Ende manövierten sie sich in eine hoffnungslose Überschuldung, aus der sie allein nicht mehr herauskamen und daher die Staaten als Geisel nahmen. Es war dieser Konflikt, der in der Finanzkrise von 2008 zum Ausbruch kam und einen Berg uneinlösbarer Vermögensforderungen hinterließ, auf dem die Banken und Staaten noch heute sitzen.

Die zweite Argumentationslinie führt somit – das scheint Streeck nicht zu sehen – zu einer anderen Krisendiagnose als die erste. Und sie führt auch zu einer ganz anderen Einschätzung der Theorie v. Hayeks und ihrer politischen Rolle. Hayek hat zwar – dies wird man mit Streeck anerkennen müssen – die Liberalisierungstendenzen der internationalen Märkte nach dem Ende der keynesianischen Ära richtig vorausgesehen. Diese

Liberalisierung begann freilich keineswegs erst mit der einheitlichen Europäischen Akte und den Maastricht-Vertrag; das Schlüsselereignis war vielmehr die Aufkündigung der Währungsordnung von Bretton Woods im Jahr 1973. Mit der Freigabe der Wechselkurse und der schrittweisen Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen in den OECD-Ländern entstand ein transnationaler Kapitalmarkt, der durch den Maastricht-Vertrag dann auf die Europäische Union übertragen wurde (Helleiner 1994). Für die von Ronald Reagan und Margaret Thatcher betriebene Politik der Deregulierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte war Hayek, neben Milton Friedman, einer der zentralen Ideengeber. Die praktische Umsetzung der Hayek'schen Ideen begann somit schon vor mehr als dreißig Jahren. Sie war schon in den 1980er Jahren weit fortgeschritten und erhielt durch das Ende des »realen Sozialismus« einen weiteren Schub. Die in den Maastricht-Verträgen vereinbarte Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung gehörte, im Gegensatz zu Streecks Auffassung, nicht zur neoliberalen Agenda. Liberale und Mainstream-Ökonomen befürworteten vielmehr in ihrer großen Mehrheit die Konkurrenz zwischen nationalen Währungen, weil sie sich davon einen heilsamen, disziplinierenden Druck auf die Geld- und Fiskalpolitik der Nationalstaaten versprachen. Hayek selbst ging sogar noch weiter: Er verurteilte nicht nur die Idee einer einheitlichen europäischen Währung als ein »utopisches« Projekt, die das staatliche Geldmonopol – in den Augen Hayeks das Grundübel wirtschaftlicher Fehlsteuerung – noch auf die Spitze treiben würde, sondern plädierte darüber hinaus für eine völlige Privatisierung des Geldangebots (Hayek 1990: 23). Die europäische Gemeinschaftswährung, deren Einführung auch von den anglo-amerikanischen Banken und Hedgefonds stets bekämpft wurde, war bekanntlich ein primär politisches Projekt, das vor allem den französischen Befürchtungen vor einer noch ausgeprägteren innereuropäischen Hegemonie des wiedervereinigten Deutschland Rechnung tragen sollte.

Die eigentliche, von Streeck nicht diskutierte Frage ist: Kann die Hayek'sche Vision praktisch funktionieren? Die in mehr als dreißig Jahren gesammelten Erfahrungen mit neoliberaler Wirtschaftspolitik sollten ausreichen, um diese Frage zu beantworten. Hätte die Hayek'sche Vision sich bewährt und den prophezeiten wirtschaftlichen Aufschwung hervorgebracht, so müsste man sich um ihre Demokratieverträglichkeit wohl kaum Sorgen machen. Eine florierende Wirtschaft mit guten Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumchancen hätte neoliberal ausgerichteten Regierungen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine breite demokratische Legitimität gesichert. In dem Wirtschaftsaufschwung, den Großbritannien und die USA in den 1990er Jahren erlebten, schienen sich die in die neoliberale Politik gesetzten Erwartungen zunächst auch zu bestätigen. Das schließliche Ende des praktischen Tests der Hayek'schen Konzeption, wie wir es heute kennen, fiel jedoch für sie vernichtend aus. Dieses Resultat kam nicht von ungefähr. Kritiker haben schon seit langem auf den im Kern paradoxen Charakter der Hayek'schen Konzeption hingewiesen (vgl. Brodbeck 2001; Fleischmann 2010; Vogl 2010; Deutschmann 2012). Die Märkte werden als »Entdeckungsverfahren« nur mit lokalem Wissen ausgestatteter Akteure konzeptualisiert, dessen kollektive Resultate den individuellen Plänen überlegen sind und sich durch keine Theorie rekonstruieren lassen (Hayek 1948). So scharfsinnig Hayeks Kritik an den rationalistischen Kurzschlü-

sen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie ist, so fragwürdig ist seine Hochstilisierung von Marktprozessen und Preisbewegungen als Ausdruck einer »höheren« evolutivonären Vernunft, die »with humility« (Hayek 1948: 8) hinzunehmen seien. Hayek kann, wie Kley (1992: 26) treffend bemerkt, »nicht wirklich zwischen Ordnung und Unordnung unterscheiden«. Was er predigt, ist letztlich ein »Glaube« an das Mysterium der Selbstorganisation freier Märkte, eine Utopie mit potentiell fatalen praktischen Folgen, die mit der globalen Finanzkrise auch tatsächlich eintraten.

Streecks Auseinandersetzung mit Hayek bleibt an diesem entscheidenden Punkt auf der Ebene bloßer Polemik stehen. Er feiert den demokratischen Partikularismus gegen den Hayek'schen Marktuniversalismus, ohne sich auf eine genauere Kritik des letzteren einzulassen. Was ist gegen Hayeks Idee einer durch universale Eigentumsгарантиen abgesicherten freien Marktgesellschaft eigentlich einzuwenden? Und ist der oft durch Cliqueswirtschaft und Korruption durchsetzte nationale Partikularismus auf der anderen Seite wirklich so verteidigungswert, wie Streeck suggeriert? Streecks Argumentation bleibt hier selbst noch den von ihm mit Recht kritisierten »politischen« Frankfurter Krisentheorien der 1970er Jahre verhaftet. Der Autor entwickelt die bei ihm selbst durchaus vorhandenen Ansätze einer genuin »ökonomischen«, die *inneren* Widersprüche kapitalistischer Märkte beleuchtenden Krisentheorie (Streeck 2009, 2011) nicht weiter. Er versucht in den schwarzen Kasten der Ökonomie nicht wirklich einzudringen, sondern bleibt auf den politischen Konflikt zwischen Demokratie und Märkten fixiert. Die Unvereinbarkeit der sozialpolitischen Ansprüche der Bevölkerungsmehrheit mit den Interessen des Kapitals bleibt die Quintessenz auch der Streeck'schen Krisenerklärung.

Das Problem des Buches ist, dass Streeck in seiner Krisenanalyse letztlich nicht dem zweiten Argumentationsstrang gefolgt ist, sondern dem ersten. Die von einer Reihe von Kommentatoren bemängelte Hilflosigkeit und Fragwürdigkeit seiner praktisch-politischen Folgerungen – Habermas (2013) hält Streeck vor, einer »nostalgischen Option« anzuhängen – ist zum größten Teil darauf zurückzuführen. Die dem politischen Ausblick gewidmeten Schlussabschnitte mit ihrer Polemik gegen die europäische Gemeinschaftswährung und dem Plädoyer für Währungsabwertungen als angeblich »autonomieschonenden« Anpassungsmechanismus stellen die schwächsten und kritikwürdigsten Teile des Buches dar. Streecks Kritik an dem Regime des europäischen »Konsolidierungsstaates« ist zwar überwiegend zuzustimmen, auch wenn sie teilweise zu schrill ausfällt; nicht alle von der Troika in Griechenland durchgesetzten Sanierungsmaßnahmen z.B. verdienen den Streeck'schen Furor. Aber auch hier bleibt der Autor bei einer Attitüde bloßen Protests stehen und lässt sich durch Inszenierungen zu sehr beeindruckend. Die Euro-Rettungspolitik, so sieht er es, stehe im Dienst der Agenda eines »hayekianischen Marktliberalismus« (256). Aber genau dieser Marktliberalismus ist in der Finanzkrise gescheitert und hat zu einer Lage geführt, in der ein offener Zusammenbruch der großen westlichen Volkswirtschaften nur durch den Dauereinsatz der elektronischen Notenpresse der Zentralbanken verhindert werden kann. Die Herausforderung, vor der Europa steht, ist nicht die drohende Entfesselung eines hayekianischen Regimes, sondern der Kollaps eben jenes Regimes.

Die Akteure des europäischen »Konsolidierungsstaates« sind von der ihnen durch Streeck zugeschriebenen strategischen Handlungsfähigkeit weit entfernt. Ihr Krisenmanagement war bislang weitgehend reaktiv und konzentrierte sich darauf, den offenen Bankrott der angeschlagenen Banken und Staaten zu verhindern. Mehr als akute Nothilfe wurde damit nicht geleistet. Die Hinterlassenschaften des gescheiterten hayekianischen Regimes in Form eines Bergs fauler Kredite, uneinlösbarer Vermögensforderungen und faktisch zahlungsunfähiger Banken stehen weiterhin im Raum. Die Rettungsschirme und die Anleihekäufe der Zentralbank haben allein die Funktion, die Zahlungsfähigkeit der kriselnden Banken und Staaten sicherzustellen. Die an Griechenland, Portugal und Irland gezahlten ESM-Mittel fließen nicht diesen Ländern selbst zu, sondern postwendend an deren Gläubiger zurück, darunter auch deutsche und französische Banken und deren Einleger. So kreist die europäische Rettungsmaschinerie fast ausschließlich um sich selbst, d.h. die Finanzindustrie und deren Kunden als ihr eigentliches Zentrum. Die den Empfängerländern der ESM-Mittel auferlegten Sparprogramme sind nicht in erster Linie, wie Streeck (und andere) behaupten, auf ein »technokratisches« Dominanzstreben Merkels, Schäubles oder Draghis zurückzuführen, sondern sind Ausdruck der Dominanz der Finanzmärkte über die Politik. Sie sollen den an den Finanzmärkten geltenden Rationalitätsmythen Rechnung tragen und die Kooperationsbereitschaft der Kapitalmarktakteure bei der Finanzierung des ESM sicherstellen. Nicht nur den Experten ist indessen längst klar, daß die geforderten »Strukturreformen« ihren offiziellen Zweck der Sanierung der Staatsfinanzen gar nicht erfüllen können. Die Verschuldung der Krisenstaaten sinkt nicht, sondern nimmt wegen der depressiven Rückwirkungen der Sparpolitik sogar noch zu. Faule Vermögensschulden in den gegebenen Größenordnungen lassen sich auch durch »Austerität« nicht wieder hereinholen: Man kann, nach der alten Bauernregel, einen Bock nicht mit Gewalt melken wollen. Das einzige akut wirksame Gegenmittel, das bleibt, sind die Anleihekäufe der Zentralbanken, in Europa nicht anders als in den USA und Japan.

Das wirkliche, in den Verhandlungen über die Bankenunion im Zentrum stehende Problem ist: Wie können die zahlreich durch Europa geisternden »Zombie-Banken« endlich ermittelt und möglichst geräuschlos abgewickelt werden – und zwar so, dass die Gläubiger und Aktionäre, nicht die Steuerzahler die Rechnung bezahlen? Ohne eine Entwertung der die europäischen Volkswirtschaften lähmenden Schuldenlasten (das heißt, ohne einen Abbau der korrespondierenden Vermögen, siehe Beckert/Deutschmann 2011) ist an eine wirtschaftliche Erholung nicht zu denken. Deshalb muß es rasch geschehen, jedenfalls nicht erst 2018, wie die Sachverständige Claudia Buch mahnt (FAZ vom 5.7.13). Aber wie die Luft in einer möglichst kontrollierten Weise aus der Blase herauslassen, ohne schon durch die öffentliche Diskussion darüber Turbulenzen an den Märkten auszulösen und den geschlossenen Widerstand der Vermögensbesitzer zu provozieren? Lösen lässt sich dieses Problem jedenfalls nicht einzelstaatlich, sondern nur durch ein europaweit eng koordiniertes Vorgehen, wie es im Fall Zyperns auch schon praktiziert wurde. Jeroen Dijsselbloem, der Chef der Euro-Gruppe, wurde zwar für seine Äußerung, das Vorgehen im Fall Zypern sei ein Modell für ganz Europa, so-

gleich zurückgepfiffen. Aber ohne Zweifel hat Dijsselbloem die wirkliche Agenda der europäischen Krisenpolitik beim Namen genannt.

Anstatt sich dieser realen Agenda zuzuwenden, weicht Streeck auf Nebenkriegsschauplätze aus. Er beschimpft die europäische Gemeinschaftswährung als »rücksichtsloses technokratisches Modernisierungsprojekt« (254) und glaubt, in den Differenzen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitig fehlender Möglichkeit der Abwertung das Hauptproblem der Krise zu entdecken. Er fordert einen Rückbau der Währungsunion, um ein »autonomieschonendes Nebeneinander« (248) der nationalen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Streeck schließt sich hier einer unter Ökonomen verbreiteten Sichtweise an, die die Verstärkung güterwirtschaftlicher Ungleichgewichte durch die Gemeinschaftswährung in das Zentrum der Krisenerklärung rückt. Problematisch dabei ist nicht nur die Ausblendung der internationalen Finanzkrise als Krisenursache, sondern auch das zugrundeliegende nationalstaatliche »Container-Denken« (Ulrich Beck), das die Vorstellung suggeriert, auch im Rahmen des europäischen Binnenmarktes konkurrierten nach wie vor primär nationale Volkswirtschaften und nicht einzelne Unternehmen oder Wirtschaftsregionen. Zwar wird die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen durch nach wie vor unterschiedliche institutionelle und sozio-kulturelle Kontextbedingungen auf nationaler (und auch regionaler) Ebene beeinflusst. Aber dieser Zusammenhang ist alles andere als vollständig: Hinter scheinbar wettbewerbschwachen Nationalwirtschaften verbergen sich exzellente Unternehmen und Branchen, und die scheinbar »starken« Nationalwirtschaften sind auf Branchen-, Regionen- und Unternehmensebene keineswegs überall stark. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrien eines Landes lässt sich durch eine Abwertung keineswegs en bloc verbessern; im Gegenteil kann sich die Lage stark von importierten Vorleistungen abhängiger Unternehmen oder Branchen verschlechtern.

Das euphemistische Bild, das Streeck von der Abwertung als angeblich demokratieverträglichem Regulierungsinstrument zeichnet (»Lob der Abwertung«), lebt von der selektiven Berücksichtigung allein der positiven, für das abwertende Land günstigen Effekte. Die ungünstigen Wirkungen, insbesondere die inflationstreibende Verteuerung der Importe – betroffen davon sind ja keineswegs nur BMWs für Besserverdienende, wie Streeck mit leicht populistischem Zungenschlag anmerkt (248), sondern auch lebenswichtige Güter wie Energie, Rohstoffe, Medikamente oder Maschinen –, werden kleingeredet oder gänzlich ausgeblendet. Gänzlich unberücksichtigt lässt Streeck die Rückwirkungen auf die Kapitalmärkte. Die zu erwartenden Kapitalabflüsse zwingen zu drastischen Zinserhöhungen, in deren Folge auch die Staatsausgaben gekürzt werden müssen. Die hohen Zinsen beeinträchtigen die Binnenkonjunktur und wirken den durch die Abwertung erzielten positiven konjunkturellen Impulsen entgegen. Schließlich verbessert die Verbilligung der Exporte die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Exportwirtschaft nur nominell, nicht real. Um sie real zu verbessern, würde ausländisches Kapital benötigt, aber wer wird einem Land, dessen Währung sich im Sinkflug befindet, Kredit geben?

Kurzum: Eine Abwertung stellt eine wirtschaftliche Roskur für das betroffene Land dar, die sich in ihren materialen Auswirkungen nur wenig von den heutigen, von der

»Troika« getroffenen Maßnahmen in den Krisenländern unterscheidet. Diese Eingriffe sind nur eine politische Simulation der gleichen Mechanismen, die sich bei konkurrierenden nationalen Währungen in anonymer Weise über den Markt durchsetzen würden; zwangsläufig bilden sie damit auch eine leichtere Zielscheibe politischer Kritik. Konkurrierende Währungen – hier ist den liberalen Positionen Recht zu geben – stellen einen durchaus »effizienten« Regulierungsmechanismus dar – effizient freilich im Sinn einer wirksamen geld-, fiskal- und sozialpolitischen Disziplinierung der nationalen Regierungen durch die Märkte und gerade nicht im Sinne des Schutzes der Demokratie gegen die Märkte, wie Streeck behauptet. Die Betroffenen wissen das, und so ist es kein Wunder, wenn der gut gemeinte Ratschlag von Streeck und anderen deutschen Euro-Kritikern an die Regierungen der Krisenländer, sie möchten doch aus dem Euro austreten, bei den Angesprochenen auf so wenig Gegenliebe stößt. Noch nicht einmal in Griechenland existiert, von Splittergruppen abgesehen, eine größere demokratische Partei, die sich für die Wiedereinführung der Drachme einsetzt.

Erst recht wirklichkeitsfern ist das Projekt einer Re-Nationalisierung der europäischen Währungen angesichts der dank des einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes rasch fortgeschrittenen transnationalen Verflechtung der Produkt-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte in Europa (Fligstein 2009). Schon aufgrund der heutigen transnationalen Mobilität des Kapitals und des schiereren Umfangs der Kapitalströme ist die Annahme, nationale Regierungen bzw. Zentralbanken könnten über Auf- oder Abwertungen »frei entscheiden« (247), wenig realistisch. Vielmehr würde die nationale Geld- und Währungspolitik unter Dauerbeobachtung seitens der Märkte stehen. Folgt sie den Signalen der Märkte nicht, entscheiden die Märkte einfach *für sie*, so, wie es z.B. George Soros schon 1992 gegenüber Großbritannien praktizierte (Streeck erwähnt diese Episode selbst). Keine Zentralbank wird sich dann lange gegen den Druck der Märkte stemmen können; die Abhängigkeit der nationalen Politik von den transnationalen Kapitalmärkten würde durch eine Nationalisierung der Währungen nicht gemindert, sondern perfektioniert. Ebenso illusionär ist die Annahme, die sich am Markt herausbildenden Währungsparitäten würden die relativen Wettbewerbsfähigkeiten der Realwirtschaften abbilden und nicht vielmehr die Launen spekulativer Kapitalbewegungen.

Nicht nur die Märkte, sondern auch die Produktionslogistik der Unternehmen wurde immer stärker transnational vernetzt. Weil die Wertschöpfungsketten grenzüberschreitend verlaufen, ist oft nicht mehr leicht festzustellen, wieweit ein Produkt »made in Germany« ist, oder griechisch, französisch oder italienisch. Einer aktuellen Studie die Ifo-Instituts zufolge beträgt der deutsche Wertschöpfungsanteil bei einem aus Deutschland exportierten Auto nur noch zwei Drittel, und die amtlich gemeldeten Exportüberschüsse gegenüber den Südländern wären um 20 Prozent niedriger, würde der in diesen Ländern erbrachte Wertschöpfungsanteil berücksichtigt (Philip Plickert, FAZ vom 23.9.2013). Eine so intensive europaweite Arbeitsteilung war nur möglich unter der Prämisse des einheitlichen Binnenmarktes und der einheitlichen Währung, oder zumindest einer festen Bindung der Währungen der nicht zur Eurozone gehörenden Länder an den Euro; bekanntlich hatte man deshalb schon in der Zeit vor der Wäh-

rungsunion die freilich immer wieder krisengeschüttelte »Europäische Währungs-schlange« eingerichtet. Müssten die Unternehmen bei jeder Grenzüberschreitung wieder mit Währungsverschiebungen rechnen, würde sie das zu teuren Absicherungsgeschäften zwingen, die einen Großteil ihrer Investitionen unrentabel machten; wiederum würden nur die Banken und Hedgefonds (die nicht zufällig immer gegen den Euro waren) davon profitieren. Die nationalen Industrien, mit denen die einzelnen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken könnten, sind vielfach gar nicht mehr vorhanden, sondern müssten neu aufgebaut werden. Eine Re-Nationalisierung der Währungen würde eine mindestens partielle Re-Nationalisierung der Wirtschaftsstrukturen selbst erforderlich machen und nationale Protektionismen wieder aufleben lassen. Es erscheint daher unmöglich, die rein ökonomischen Kosten einer Auflösung der Währungsunion »auch nur einigermaßen verlässlich abzuschätzen« (Otmar Issing, FAZ vom 5.7.13), von dem verheerenden politischen Signal, das von einem solchen Schritt ausginge, ganz zu schweigen.

Die Probleme, mit denen es die westlichen Demokratien heute zu tun haben, hängen im Kern nicht an der nationalen Kontrolle über die Geldpolitik und der mit ihr gegebenen Möglichkeit von Ab- oder Aufwertungen. Sie wurzeln vielmehr, wie Streeck selbst zutreffend festgestellt hatte, letztlich in dem »Organisationsvorsprung globaler Finanzmärkte gegenüber nationalstaatlich organisierten Gesellschaften«. Nicht nur die Finanzmärkte, sondern die Wirtschaft insgesamt ist längst transnational und global vernetzt, während die Politik – selbst in Europa – noch immer weitgehend an das Territorium des Nationalstaates gebunden bleibt. Transnational mobile Wirtschaftsakteure können dort investieren und Steuern zahlen, wo es für sie am günstigsten ist; sie können die Unterschiede zwischen nationalen Regulierungen zu ihrem Vorteil nutzen und jene damit indirekt aushöhlen und aushebeln. Der demokratische Staat ist, nach dem bekannten Satz des Verfassungsrichters Böckenförde, von Voraussetzungen abhängig, die er selbst nicht garantieren kann – allerdings nicht nur von normativen Voraussetzungen, wie Böckenförde meinte, sondern auch von finanziellen (siehe dazu auch schon Offe 2008). Das war schon in der von Streeck glorifizierten Vergangenheit des »demokratischen Kapitalismus« so und tritt in der heutigen Ära globaler Finanzmärkte nur anders und deutlicher hervor. Aus dieser Fremdbestimmung des Staates gibt es prinzipiell nur zwei Auswege: Entweder man versucht, die Wirtschaft wieder auf das Format der Politik zu bringen, also zu re-nationalisieren, oder die Politik versucht, der Wirtschaft nachzuziehen und sich ihrerseits transnational zu vernetzen. Streeck neigt der ersten Option zu, aber die Evidenz, die er dafür ins Feld führt, ist trügerisch. Ungeachtet der massiven Schwierigkeiten, mit denen das europäische Integrationsprojekt gegenwärtig zu kämpfen hat, ist die zweite Option die überzeugendere und weitsichtigere; hier ist Habermas, Offe und Beck trotz der manchmal recht abstrakten Form ihrer Argumentation zuzustimmen. Die Hinterlassenschaften des Scheiterns der hayekianischen Utopie werden sich gerade nicht durch Re-Nationalisierung, sondern nur durch eine wirksame transnationale Koordinierung demokratischer Politik unter Kontrolle bringen lassen. Die politische Integration Europas muss keineswegs in einem zentralistischen Superstaat münden, sondern ist durchaus als eine intelligente Mischung von

zentraler, nationaler und regionaler Koordinierung denkbar. Entscheidend ist zweifellos die vor allem von Habermas immer wieder angemahnte Behebung des demokratischen Defizits der europäischen Institutionen. Die Schuldenkrise als die zentrale gegenwärtige Herausforderung der europäischen Wirtschaftspolitik wird nicht allein auf der Ebene der Institutionen, sondern nur durch eine demokratische Mobilisierung der europäischen Öffentlichkeit erfolgreich bewältigt werden können. Dass die Kosten der Finanzkrise nicht von den Steuerzahlern, sondern von ihren Verursachern zu tragen sind, ist eine Forderung, die in ganz Europa auf breite Zustimmung stößt. Diesen Konsens zu artikulieren, wäre eine der aktuell dringlichsten Aufgaben des Europäischen Parlaments. Eine demokratieverträgliche Bankenabwicklung wird nur zustande kommen, wenn die Regierungen und die Kommission in dieser Frage europaweit wesentlich mehr Druck von unten bekommen als bisher. In Island hat zu der Frage der Staatshaftung für die Banken eine Volksabstimmung stattgefunden, warum nicht auch in der Europäischen Union? Das politische Zusammenwachsen Europas ist ein mühevolleres, weil historisch innovatives Projekt, bei dem dicke Bretter zu bohren und nur langsame Fortschritte zu erwarten sind. Kreative Ideen, nicht Nostalgie sind auf diesem Weg gefragt.

Literatur

- Beckert, Jens/Deutschmann, Christoph (2011): »Es gibt zu viel Vermögen«. In: *Handelsblatt* vom 15.12.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2001): »Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus. Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regulation«. In: *Zeitschrift für Politik* 48, S. 49-71.
- Deutschmann, Christoph (2012): »Die Legitimität des Kapitalismus: eine wirtschaftssoziologische Sicht«. In: Geis, Anna/Nullmeier, Frank /Daase, Christopher (Hg.): *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Leviathan-Sonderband 27*. Baden-Baden: Nomos, S. 245-261.
- Deutschmann, Christoph (2013): »Warum tranken die Pferde nicht?«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.09.2013. Nr. 223, S. N4.
- Fleischmann, Christoph (2010): *Gewinn in alle Ewigkeit. Kapitalismus als Religion*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Fligstein, Neil (2009): »The Europeanization of Business«. In: Beckert, Jens/Deutschmann, Christoph (Hg.): *Wirtschaftssoziologie. Sonderheft 49 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: VS, S. 107-124.
- Habermas, Jürgen (2013): »Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013, S. 59-79.
- Hayek, Friedrich A. v. (1948): *Individualism and Economic Order*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F.A. (1990): *Denationalization of Money – The Argument Refined. An Analysis of the Theory and Practices of Concurrent Currencies*. Third Edition. London: The Institute of Economic Affairs.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s*. New York: Cornell University Press.
- Kley, Roland (1992): »F.A. Hayeks Idee einer spontanen sozialen Ordnung. Eine kritische Analyse«. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44, S. 12-34.
- Offe, Claus (2008): »Über Voraussetzungen des freiheitlichen Staates: Variationen über ein Thema von E.W. Böckenförde«. In: Leggewie, Claus/Sachße, Christoph (Hg.): *Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden*. Frankfurt/M.: Campus, S. 65-71.

- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2011): »Taking Capitalism Seriously. Toward an Institutional Approach to Contemporary Political Economy«. In: *Socio-Economic Review* 9(1), S. 137-167.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Vogl, Joseph (2010): *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich: Diaphanes.

Anschrift:

Prof. Dr. Christoph Deutschmann
Universität Tübingen
Institut für Soziologie
Wilhelmstr. 36
72074 Tübingen
christoph.deutschmann@uni-tuebingen.de